

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	2
Tischauflagen -öffentlich-	2
Vorlagendokumente	3
TOP Ö 7.3 Stadt-Umland-Bahn: Aktuelle Informationen zur U-Bahn-Linie U9 in München	3
Mitteilung zur Kenntnis VI/219/2019	3
TOP Ö 12 Personelle Änderungen bei der Besetzung von Ausschüssen und Gremien	5
Beschlussvorlage 13-2/300/2019	5
TOP Ö 14 Änderung im Stadtteilbeirat Büchenbach – Berufung eines Nachrücker für die Amtszeit vom 1. November 2019 bis 30. April 2020	7
Beschlussvorlage 13/342/2019	7
TOP Ö 17 Änderung der Richtlinien der städtischen Sportförderung	9
Antrag Nr. 264/2019 52/228/2019	9
TOP Ö 21 Änderung der Abfallgebühren 2020 bis 2021 - Änderung der Gebührensatzung zur Abfallwirtschaftssatzung	11
Antrag Nr. 261/2019 30/115/2019	11
TOP Ö 24 Tariffortschreibung 2020 / VGN-Innovationspaket	12
Antrag Nr. 263/2019 VI/215/2019	12
TOP Ö 24.1 Gruppenführungen für Besucher aus Behinderteneinrichtungen, Eintritt analog Museumspädagogik	13
Beschlussvorlage 46/051/2019	13
TOP Ö 24.2 Bürgerbegehren "Radentscheid Erlangen"	14
Beschlussvorlage 31/233/2019	14
CSU-Antrag Nr. 254/2019 vom 16.10.2019 Buergerebegehren Radentscheid Erlangen 31/233/2019	16
Antrag Nr. 254/2019 Anlage 31/233/2019	17
Antrag Nr. 269/2019 31/233/2019	18
TOP Ö 24.3 Dringlichkeitsantrag der FWG Nr. 267/2019 zum Stadtrat am 24.10.2019: Situation im Kindergarten „Kriegenbrunner Fröschla“, Kriegenbrunn	21
Antrag Nr. 267/2019 267/2019/FWG-A/014	21
TOP Ö 24.4 Dringlichkeitsantrag zum Stadtrat 24.10.2019 hier: Städtischer Kindergarten Kriegenbrunn: Betrieb aufrechterhalten -	22
Antrag Nr. 268/2019 268/2019/CSU-A/048	22

Stadtrat

Sitzung am Donnerstag, 24.10.2019

- Ergänzung der Unterlagen -

Öffentliche Tagesordnung

- | | | |
|-------|--|------------------------------|
| 7.3. | Stadt-Umland-Bahn: Aktuelle Informationen zur U-Bahn-Linie U9 in München
Tischauflage | VI/219/2019
Kenntnisnahme |
| 12. | Personelle Änderungen bei der Besetzung von Ausschüssen und Gremien
Tischauflage | 13-2/300/2019
Beschluss |
| 14. | Änderung im Stadtteilbeirat Büchenbach – Berufung zweier Nachrücker für die Amtszeit vom 1. November 2019 bis 30. April 2020
Geänderte Vorlage | 13/342/2019
Beschluss |
| 17. | Änderung der Richtlinien der städtischen Sportförderung
Antrag der CSU-Fraktion Nr. 264/2019 | 52/228/2019
Beschluss |
| 21. | Änderung der Abfallgebühren 2020 bis 2021 - Änderung der Gebührensatzung zur Abfallwirtschaftssatzung
Änderungsantrag der Erlanger Linke Nr. 261/2019 | 30/115/2019
Beschluss |
| 24. | Tariffortschreibung 2020 / VGN-Innovationspaket
Änderungsantrag der Erlanger Linke Nr. 263/2019 | VI/215/2019
Beschluss |
| 24.1. | Gruppenführungen für Besucher aus Behinderteneinrichtungen, Eintritt analog Museumspädagogik
Tischauflage | 46/051/2019
Beschluss |
| 24.2. | Bürgerbegehren "Radentscheid Erlangen"
Tischauflage | 31/233/2019
Beschluss |
| 24.3. | Dinglichkeitsantrag der FWG Nr. 267/2019 zum Stadtrat am 24.10.2019: Situation im Kindergarten „Kriegenbrunner Fröschla“, Kriegenbrunn
Tischauflage | 267/2019/FWG-A/014 |
| 24.4. | Dringlichkeitsantrag Nr. 268/2019 der CSU-Fraktion zum Stadtrat am 24.10.2019 hier: Städtischer Kindergarten Kriegenbrunn: Betrieb aufrechterhalten -Kinderbetreuung in Kriegenbrunn weiterhin gewährleisten!
Tischauflage | 268/2019/CSU-A/048 |

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
Referat VI

Verantwortliche/r:
Referat VI

Vorlagennummer:
VI/219/2019

Stadt-Umland-Bahn: Aktuelle Informationen zur U-Bahn-Linie U9 in München

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	24.10.2019	Ö	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Im Hinblick auf die Stadt-Umland-Bahn wird derzeit auf die Stadt München Bezug genommen, die für ihr U-Bahn-Projekt U9 Zusagen des Bundes erreicht habe, wonach das Projekt gefördert würde, obwohl es im Rahmen des Standardisierten Bewertungsverfahrens unterhalb des kritischen Wertes von 1,0 bliebe. Der Zweckverband Stadt-Umland-Bahn nimmt dazu unter Bezugnahme auf die Stadt München sowie das Bayerische Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr wie folgt Stellung:

Die U9 München ist ein U-Bahn-Projekt, mit dem überlastete Linien und Bahnhöfe in der Münchner Innenstadt entlastet werden sollen, damit das kontinuierlich wachsende Fahrgastaufkommen im Zentrum der Landeshauptstadt besser abgewickelt werden kann. Es handelt sich laut Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) um eine neue Linie durch die Stadt, welche die Stadtteile Sendling und Schwabing via Hauptbahnhof verbinden soll und welche wie eine Art Bypass die viel befahrenen Strecken entlastet. Bestehende U-Bahnlinien können dann dank der U9 unabhängiger voneinander und damit störungsfreier fahren. Fünf neue U-Bahnhöfe sollten entstehen, bestehende U-Bahnhöfe sollen erweitert werden. Die Planungs- und Baukosten betragen nach ersten unverbindlichen Schätzungen rund 3,5 Mrd. Euro. Mit der Fertigstellung rechnet die Stadt erst in der zweiten Hälfte der 2030er Jahre.

Das Projekt befindet sich in einem sehr frühen Stadium, nämlich am Beginn der Vorplanung. Im momentanen Stadium geht es der Stadt München darum, für die U9 keine wesentlichen Planungshindernisse zu schaffen. Die zuständigen Gremien der Stadt München fassen in diesen Tagen daher den Beschluss, in Vorleistung zu gehen und die Kosten für die Vorplanung der U9 (100 Mio. Euro) sowie für ein Vorhaltebauwerk für die U9 in 60 Metern Tiefe am Hauptbahnhof (393 Mio. Euro), mit dem die U9 an die zweite S-Bahn-Stammstrecke angebunden werden soll, selbst zu tragen.

Die Stadt München hat für das Projekt weder einen Förderantrag beim Bund gestellt noch verfügt sie über eine konkrete Förderzusage des Bundes. Die in der Öffentlichkeit kursierenden Äußerungen sind als politische Absichtserklärungen zu verstehen, die im Zusammenhang mit der anstehenden Novellierung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) stehen.

Die Stadt München hat, wie der Zweckverband Stadt-Umland-Bahn auch, großes Interesse an der Novellierung des GVFG, von der sich Kommunen in ganz Deutschland eine verbesserte Förderung von Projekten erhoffen, um dringend notwendige Investitionen in den ÖPNV tätigen zu können. Der Entwurf der Novellierung wird derzeit im Bundeskabinett bearbeitet und wird in der Folge im Rahmen der Länder- und Verbändeanhörung diskutiert. Die Stadt München setzt sich wie auch der Zweckverband Stadt-Umland-Bahn dafür ein, die Förderrichtlinien zu modifizieren.

Satzungsgemäß ist es Aufgabe des Zweckverbands, die Stadt-Umland-Bahn zu planen, zu bauen und zu betreiben. Die Planung begann im Jahr 2017. Mit dem Ergebnis des Raumordnungsverfahrens, das derzeit bei der Regierung von Mittelfranken läuft, wird die Vorplanung abgeschlossen. Die Vor- wie auch die ab 2020 anstehende Entwurfsplanung erfolgen auf Basis der geltenden gesetzlichen Vorgaben und Fördermechanismen. Die Entwicklungen auf Landes- und Bundesebene werden dabei sehr genau beobachtet. Sollten konkrete Änderungen am GVFG vorgenommen werden, wird der Zweckverband deren Auswirkungen auf das Projekt prüfen und das Projekt ggf. anpassen.

Anlagen:

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
IV. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/13

Verantwortliche/r:
Bürgermeister- und Presseamt

Vorlagennummer:
13-2/300/2019

Personelle Änderungen bei der Besetzung von Ausschüssen und Gremien

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	24.10.2019	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

BTM

I. Antrag

- Mit den vorgeschlagenen Änderungen besteht Einverständnis.
- Im Aufsichtsrat der Erlanger Schlachthof GmbH wird Frau Bianca Fuchs als Mitglied abberufen und Herr Heiner Grillenberger wird bis zum Ende der Wahlperiode (30.04.2020) als Mitglied bestellt. Die Vertretung der Stadt Erlangen wird beauftragt, einen entsprechenden Gesellschafterbeschluss der Erlanger Schlachthof GmbH herbeizuführen.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Durch das Ausscheiden von Frau Bianca Fuchs zum Ablauf des Monats Oktober aus dem Stadtrat ist die Besetzung der freiwerdenden Sitze in den Ausschüssen und Gremien erforderlich.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Stadtratsfraktion Grüne Liste schlägt folgende Änderungen ab 01.11.2019 vor:

Ältestenrat	Weitere Vertretung	Grillenberger, Heiner
HFPA	Weitere Vertretung	Grillenberger, Heiner
UVPA	Mitglied	Grillenberger, Heiner
BWA	Mitglied	Grillenberger, Heiner
KFA	Weitere Vertretung	Grillenberger, Heiner
BildungsA	Weitere Vertretung	Grillenberger, Heiner
RevisionsA	Weitere Vertretung	Grillenberger, Heiner
SportA	Weitere Vertretung	Grillenberger, Heiner
SGA	Weitere Vertretung	Grillenberger, Heiner
JHA	Weitere Vertretung	Grillenberger, Heiner
Betreuung Stadtteilbeirat Süd		Grillenberger, Heiner
Betreuung Stadtteilbeirat Ost		Grillenberger, Heiner
Verbandsversammlung Zweckverband der Stadt- und Kreissparkasse Erlangen Höchststadt Herzogenaurach	Mitglied Stellvertretung (wie bisher)	Grillenberger, Heiner Bazant, Marcus

**Verbandsversammlung
Zweckverband Abfallwirtschaft
in der Stadt Erlangen und im
Landkreis Erlangen-Höchstadt**

1. Stellvertreter von
Frau Dr. Marenbach

Grillenberger, Heiner

**Aufsichtsrat
Erlanger Schlachthof GmbH**

Mitglied

Grillenberger, Heiner

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Durch Beschlussfassung gemäß § 2 Nrn. 5 und 11 sowie § 3 Nr. 10 der Geschäftsordnung für den Stadtrat.

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/13-2

Verantwortliche/r:
Bürgermeister- und Presseamt

Vorlagennummer:
13/342/2019

Änderung im Stadtteilbeirat Büchenbach – Berufung zweier Nachrücker für die Amtszeit vom 1. November 2019 bis 30. April 2020

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	24.10.2019	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
Fraktionen

I. Antrag

Für das Mitglied Claudia Trautmann wird Frau Susanne Peters für die SPD-Fraktion in den Stadtteilbeirat Büchenbach berufen. Für Frau Susanne Peters wird Herr Tobias Körber als stellvertretendes Mitglied benannt.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Der Erlanger Stadtrat hat in seiner Sitzung am 28. Juli 2016 den Grundsatzbeschluss zur Bildung von Stadtteilbeiräten gefasst.

Bis zum Erlass einer Satzungsregelung findet die Satzung der Stadt Erlangen über die Ortsbeiräte entsprechende Anwendung.

§ 3 Abs. 4 der Satzung der Stadt Erlangen über Ortsbeiräte findet analoge Anwendung.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Mitglieder und Ersatzmitglieder/Stellvertreter im Stadtteilbeirat sowie alle Betreuungsstadträte werden für die Amtszeit bis 30. April 2020 bestellt und namentlich genannt.

Im Falle des Ausscheidens von Mitgliedern aus dem Stadtteilbeirat rücken die Ersatzmitglieder nach, bzw. werden neue Ersatzmitglieder benannt.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Anlagen:

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: 23.10.2019
Antragsnr.: 264/2019
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: I/52

Tel. (09131) 86-24 05
Fax (09131) 86-21 78
eMail: csu@erlangen.de

facebook.com/CSU.Fraktion.Erlangen
www.stadtratsfraktion.csu-erlangen.de

CSU-Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
Rathaus
91052 Erlangen

23. Oktober 2019/AB

Antrag zum Stadtrat 24.10.2019: TOP 17 - Änderung der Richtlinien der städtischen Sportförderung

hier: Änderung / Ergänzung der „Richtlinien der städtischen Sportförderung“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

hiermit beantragen wir, ähnlich wie z.B. in Nürnberg und Würzburg der städtischen Sportförderrichtlinie folgende Präambel voranzustellen:

Präambel

Die Stadt Erlangen fördert den Breiten- und Leistungssport in Anerkennung seiner gesundheitlichen, erzieherischen, sozialen und gesamtgesellschaftlichen Bedeutung. Die Entwicklungen auf diesen Gebieten unserer Stadt stellen den Sport vor neue Herausforderungen. Die Ansprüche an die Sportvereine und -verbände steigen dadurch ständig. Immer hochwertigere Angebote werden erwartet und sollen bereitgestellt werden.

Als Interessenvertreter des Sports sind seine wichtigsten Träger die Vereine und Verbände. Daher will die Stadt Erlangen ihre Sportvereine so unterstützen, dass sie diesen Anforderungen gerecht werden können. Dies sind vor allem finanzielle Hilfen. Die Sportförderrichtlinien sind deshalb sowohl ein zentrales Steuerinstrument als auch eine generelle kommunalpolitische Grundsatzerklärung für die Vereinsunterstützungen zur Bewältigung ihrer traditionellen Aufgaben und neuen Herausforderungen.

Weil der organisierte Sport bei Bildungs- und Erziehungsprozessen, Inklusion und Integration, Gesundheitsförderung, Werteorientierung und Teilhabe aller Bevölkerungsschichten am Stadtleben entscheidend mitwirkt, ist es für die Stadt Erlangen natürlich und selbstverständlich angesichts der Bedeutung dieser Aufgaben für die moderne Erlanger Gesellschaft, die Sportvereine wirksam zu unterstützen. Demzufolge zielt die Sportförderung in ihrer zentralen Rolle kommunaler Sportpolitik für die Erlanger Vereine auf deren nachhaltige Stärkung ab:

.../2

Büro: Zimmer 1.04, Rathaus, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Die Stadträtinnen und Stadträte der CSU-Stadtratsfraktion Erlangen:

Birgitt ABmus, Wolfgang Beck, Sonja Brandenstein, Rosemarie Egelseer-Thurek, Uwe Greisinger, Dr. Kurt Höller, Robert Hüttner, Gabriele Kopper, Christian Lehmann, Adam Neidhardt, Martin Ogiermann, Mehmet Sapmaz, Prof. Dr. med. Rüdiger Schulz-Wendtland, Matthias Thurek, Fraktionsvorsitzender Jörg Volleth, Bezirksrätin Alexandra Wunderlich

- *Da die Voraussetzung allen Sporttreibens in den Vereinen deren Sportstätten sind, sollen Vereine mit eigenen Sportstätten besonders gefördert werden.*
- *Die Leistungsfähigkeit der Vereine soll auf Dauer durch eine flexible Sportförderung und -wo notwendig – auch durch Beratung gesichert werden.*
- *Den Bedürfnissen der sich verändernden Erlanger Bevölkerung entsprechend soll das zukunftssträchtige Angebot der Sportvereine durch die Förderung hervorgehoben werden.*

Zusätzlich beantragen wir folgende Änderung:

Punkt 2.3.5 **Zuschusshöhe:**

Der Zuschuss beträgt bis zu 40 v.H. der Gesamtkosten.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen



Jörg Volleth
Fraktionsvorsitzender

Wolfgang Beck

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO	
Eingang:	22.10.2019
Antragsnr.:	261/2019
Verteiler:	OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat:	III/30

Erlangen, den 22.10.2019

**Teilen der 240 Liter-Tonne ermöglichen
Änderungsantrag zum Stadtrat TOP 21 Änderung Abfallwirtschaftssatzung**

Sehr geehrter Herr Dr. Janik,

Zu TOP 21 stellen wir den Änderungsantrag:

In der Abfallwirtschaftssatzung soll die Möglichkeit der gemeinsamen nachbarschaftlichen Nutzung einer 240 Liter – Tonne geschaffen werden. Die Einsparungen bei der Bereitstellung und Abholung sollen an die entsprechenden Nutzer*innen weitergereicht werden.

Begründung:

Durch die gemeinsame Nutzung müssen weniger Mülltonnen bereitgestellt und abgeholt werden. Dadurch können Kosten, Arbeitszeit und vermutlich auch Diesel bzw. CO2 eingespart werden.

Wenn zwei benachbarte Haushalte bisher in Summe knapp über 240 Liter Müll produziert haben, könnten sie sich mit der 240 Liter-Tonne ein realistisches Einsparziel setzen. Einer späteren Verkleinerung der Tonne steht nichts im Weg, aber die Größe von 240 Litern erleichtert den Einstieg.

Neben der CO2-Einsparung im Betrieb ist es auch nachhaltiger, wenn weniger Kunststofftonnen produziert werden müssen. Immerhin hat Erlangen ja den Klimanotstand ausgerufen.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pöhlmann
(Stadtrat)Anton Salzbrunn
(Stadtrat)

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: 22.10.2019
Antragsnr.: 263/2019
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: VI

erlanger linke

Stadtratsgruppe für soziale Politik

Erlangen, den 22.10.19

**Busfahren ohne Datenspuren – keine Strafgebühren für Handyverweigerer
Änderungsantrag zum Stadtrat 10/2018, TOP 24 – Tariffortschreibung VGN**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Zu TOP 24 stellen wir den Änderungsantrag:

1. Die Stadt verlangt bei der geplanten Digitalisierung der Fahrscheine, dass alle Entwicklungen und Studien als Pflichtanforderung: "Privacy by design" befolgen, d.h. das Entstehen von „Datenschatten“ oder „Mobilitätsprofilen“ beim Fahren im VGN muss bereits im technischen Konzept unmöglich gemacht werden.

Ist dies mit einem Tarifmodell nicht möglich, wird es nicht weiter verfolgt.

2. Die Stadt verlangt bei der geplanten Digitalisierung der Fahrscheine, dass eine Diskriminierung von Digitalverweigerern ausgeschlossen wird

Begründung:

Zu 1: Die mit dem „e-Ticket“ gerne gewünschte „streckengenaue Abrechnung“ erfordert die **Speicherung, Wer wann von wo nach wo** fährt. Man kann also nicht mehr anonym fahren. Wenn es diese Daten – auch Mobilitätsprofil genannt – erst einmal gibt, wollen Alle sie haben und bekommen sie auch: Polizei, Geheimdienste, Konzerne.

Die Erfahrung zeigt: Sind technische Möglichkeiten der Überwachung erst einmal da, werden sie auch genutzt: Bei der Einführung der Autobahnmaut vor zehn Jahren ist hoch und heilig versprochen worden, dass das System nicht zur Überwachung eingesetzt wird und deswegen die gesammelten Daten ausschließlich für die LKW-Mautabrechnung verwendet werden. Tatsächlich speichern die Mautbrücken von Toll Collect aber alle Fahrzeuge – und die autoritäre „Sicherheitspolitiker“ wollen die Daten für die Totalüberwachung. Oppermann (SPD) sagte: „Wir brauchen keine Autobahn-NSA“. Wir ergänzen: „Und auch keine Bus- und Bahn-NSA.“

Zu 2. Es ist schlicht inakzeptabel, wenn Menschen, die weder einen Computer, noch ein „Wischkästla“ besitzen, „Strafgebühren“ oder „Analogsteuern“ zahlen sollen, also dass „analoge“ Fahrscheine teurer sind, als digitale Fahrscheine. Wir reden ständig von Barrierefreiheit – hier drohen neue Barrieren. Eine solche Diskriminierung insbesondere ältere Menschen muss verhindert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pöhlmann
(Stadtrat)Anton Salzbrunn
(Stadtrat)

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
IV/46

Verantwortliche/r:
Stadtmuseum

Vorlagennummer:
46/051/2019

Gruppenführungen für Besucher aus Behinderteneinrichtungen, Eintritt analog Museumspädagogik

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	24.10.2019	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Angemeldete Gruppenführungen aus Behinderteneinrichtungen sollen analog der Museumspädagogik für Schüler/innen mit 2 € pro Besucher abgerechnet werden.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Menschen mit Behinderung soll die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Im Rahmen der Ausstellung „BarriereSprung“ gibt es im Stadtmuseum vermehrt Anfragen für Gruppenführungen von Menschen aus Behindertenwerkstätten und sozialen Einrichtungen der Behindertenhilfe, deren zur Verfügung stehendes Budget äußerst begrenzt ist. Bei der ab 1. April 2018 neuen Preisfestlegung des Stadtmuseums war dieser Umstand noch nicht bekannt. Der geltende Preis für Gruppenführungen nach Anmeldung mit einer Dauer von einer Stunde beträgt 60 € zzgl. Eintritt (ermäßigter Eintritt 2,50 € pro Person), der von dem oben genannten Personenkreis nicht aufgebracht werden kann. Der Pro-Kopf-Anteil bei den relativ kleinen Gruppen wäre so hoch, dass der ihnen zustehende monatliche Betrag mit einem einzigen Museumsbesuch aufgebraucht wäre. Um diesen Gruppen die Teilhabe zu ermöglichen, sollte eine Preisanpassung erfolgen.

Die organisatorisch einfachste und nach Rücksprache mit Betreuern der Einrichtungen angemessenste Lösung ist, diese Gruppen wie Schulklassen zu behandeln, die für Eintritt und Führung lediglich 2 € pro Person bezahlen. Ein völlig kostenloser Besuch wird aus Gründen der Gleichbehandlung nicht gewünscht.

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

BeschlussvorlageGeschäftszeichen:
I/31/TH001Verantwortliche/r:
Amt für Umweltschutz und
EnergiefragenVorlagennummer:
31/233/2019**Bürgerbegehren "Radentscheid Erlangen"**

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	24.10.2019	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen**I. Antrag**

Die Verwaltung wird beauftragt wie vorgeschlagen zu verfahren und über das Ergebnis der Prüfung im Stadtrat zu berichten. Der Dringlichkeitsantrag der CSU Stadtratsfraktion Nr. 254/2019 ist damit erledigt.

II. Begründung**1. Ergebnis/Wirkungen**

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die CSU- Stadtratsfraktion beantragt den Inhalt des Bürgerbegehrens auf direkte Umsetzungsmöglichkeiten durch einen Stadtratsbeschluss zu prüfen. Dadurch soll der Aufwand der mit einem Bürgerbegehren/Bürgerentscheid verbunden ist, vermieden werden. Die Verwaltung wird Umsetzungsmöglichkeiten des Bürgerbegehrens entsprechend prüfen.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die betroffenen Dienststellen der Stadtverwaltung werden sich inhaltlich mit den einzelnen Punkten des Bürgerbegehrens auseinandersetzen. Es soll geprüft werden, ob durch die Stadtverwaltung im Sinne einer personell, bautechnisch möglichen und sinnvollen Umsetzung, rechtlich und haushaltstechnisch die Anliegen des Bürgerbegehrens aufgegriffen und direkt durch den Stadtrat zur Umsetzung beschlossen werden können.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Verwaltung wird die Umsetzungsmöglichkeiten des Bürgerbegehrens prüfen und das Ergebnis in den entsprechenden Gremien zur Abstimmung stellen.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

werden für den Prüfvorgang nicht benötigt

- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Anlagen: CSU-Antrag 254/2019 vom 16.10.2019 Bürgerbegehren Radentscheid Erlangen

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
VI. Zum Vorgang

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: **16.10.2019**
Antragsnr.: **254/2019**
Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**
Zust. Referat: **I/31**

Tel. (09131) 86-24 05

Fax (09131) 86-21 78

eMail: csu@erlangen.de

[facebook.com/CSU.Fraktion.Erlangen](https://www.facebook.com/CSU.Fraktion.Erlangen)

www.stadtratsfraktion.csu-erlangen.de

CSU-Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Florian Janik

Rathaus

91052 Erlangen

16. Oktober 2019/AB

Antrag zum Stadtrat am 24.10.2019
hier: Bürgerbegehren „Radentscheid Erlangen“

Anlage: Bürgerbegehren „Erlangen tritt in die Pedale – Radentscheid für eine lebenswerte Stadt“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

derzeit sammelt eine Bürgerinitiative Unterschriften für den sogenannten „Radentscheid Erlangen“.

Der CSU-Stadtratsfraktion ist die Förderung des Radverkehrs sehr wichtig. Viele Punkte aus dem „10 Ziele Programm“ des Radentscheid Erlangen trägt die CSU Erlangen mit bzw. wird sie in die Haushaltsberatungen 2020 einbringen.

Deshalb beantragen wir, dass die Punkte aus dem Bürgerbegehren „Erlangen tritt in die Pedale – Radentscheid für eine lebenswerte Stadt“ durch die Stadtverwaltung im Sinne einer personell, bautechnisch möglichen und sinnvollen Umsetzung, rechtlich und haushalts-technisch geprüft und im Stadtrat zur Abstimmung gestellt werden.

Bei einer positiven Beschlussfassung müsste kein kosten- und zeitintensives Bürgerbegehren / Bürgerentscheid durchgeführt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Jörg Volleth
Fraktionsvorsitzender

Büro: Zimmer 1.04, Rathaus, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Die Stadträtinnen und Stadträte der CSU-Stadtratsfraktion Erlangen:

Birgitt Abmus, Wolfgang Beck, Sonja Brandenstein, Rosemarie Egelseer-Thurek, Uwe Greisinger, Dr. Kurt Höller, Robert Hüttner, Gabriele Kopper, Christian Lehmann, Adam Neidhardt, Martin Ogiermann, Mehmet Sapmaz, Prof. Dr. med. Rüdiger Schulz-Wendtland, Matthias Thurek, Fraktionsvorsitzender Jörg Volleth, Bezirksrätin Alexandra Wunderlich

Bürgerbegehren „Erlangen, tritt in die Pedale!“ - Radentscheid für eine lebenswerte Stadt

0:24:2



Erlangen, tritt in die Pedale!

Mit meiner Unterschrift beantrage ich gem. Art. 18a BayGO die Durchführung eines Bürgerentscheids zu folgender Frage:

Soll die Stadt Erlangen die nebenstehenden 10 Ziele verkehrspolitisch vorrangig verfolgen und schnellstmöglich umsetzen?

Begründung: Die Stadt Erlangen muss aus meiner Sicht mehr für die Sicherheit der FahrradfahrerInnen und für die Förderung des Radverkehrs im Allgemeinen unternehmen. Erlangen soll seinem Ruf als Fahrradstadt wieder gerecht werden

Die genannten Ziele sind gut für alle Erlanger BürgerInnen, weil dadurch

- mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden entsteht,
- Kinder, Senioren und unsichere RadlerInnen besonders geschützt werden,
- Straßen für alle, die auf das Auto angewiesen sind, übersichtlicher werden,
- der öffentliche Raum effizienter genutzt wird und Erlangen für seine BewohnerInnen lebenswerter wird.

Als VertreterInnen gemäß Art.18a BayGO werden benannt:
 1. Michael Zell, Alter Markt 2c, 91056 Erlangen
 2. Christiane Heusel, Eschenweg 11, 91058 Erlangen

Die VertreterInnen werden ermächtigt, zur Begründung der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens Änderungen vorzunehmen, soweit diese nicht den Kern des Antrages berühren, sowie das Bürgerbegehren bis zum Tag vor der Abstimmungsbekanntmachung gemeinschaftlich zurückzunehmen. Sollten Teile des Begehrens unzulässig sein oder sich erledigen, gilt meine Unterschrift weiter für die verbleibenden Teile.

Bitte senden Sie die Unterschriftenliste – auch wenn nicht alle Zeilen ausgefüllt sind – an: Radentscheid Erlangen, Luitpoldstraße 81, 91052 Erlangen oder geben Sie sie an einer der Sammelstellen ab.

Ziel 1: Modernisierung und Ausbau des Radroutennetzes

Die Stadt Erlangen verwirklicht bis 2030 ein modernes, durchgängiges Radwegenetz. Dieses muss auch für Fahrräder mit Kinderanhängern sowie Lastenräder ganzjährig nutzbar sein. Es ist bevorzugt baulich getrennt von anderen Verkehrsarten und nicht zu Lasten des Fußverkehrs umzusetzen. Grundlage ist das bereits beschlossene „Plannetz Radverkehr“. Als Zwischenziel sind 40 % davon bis 2024 umzusetzen. Dazu erstellt die Stadt innerhalb eines Jahres nach dem Bürgerentscheid einen Finanz- und Zeitplan für die Umsetzung. Bei der Planung der Stadt-Umland-Bahn (StUB) muss der Radverkehr mit hoher Priorität berücksichtigt werden.

Ziel 2: Fahrradstraßen für mehr Sicherheit

Innerhalb von drei Jahren werden die vorhandenen Fahrradstraßen entsprechend dem vom Stadtrat beschlossenen Leitfaden für Fahrradstraßen umgestaltet. Parallel dazu und zur Verwirklichung eines modernen Radnetzes richtet die Stadt Erlangen weitere Fahrradstraßen gemäß diesem Leitfaden ein, soweit rechtlich zulässig.

Ziel 3: Bedarfsgerechte Abstellanlagen in ausreichender Anzahl

Die Stadt Erlangen richtet im gesamten Stadtgebiet bis zum Jahr 2025 mindestens 8.000 zusätzliche hochwertige Fahrradabstellplätze ein. Bis Ende des Jahres 2020 entstehen die ersten 1.500 neuen Stellplätze. Dabei wird der Platzbedarf von Lastenrädern und Fahrrädern mit Anhängern berücksichtigt. Bei hohem Parkdruck werden Doppelstockparkanlagen gebaut. Bis spätestens 2025 errichtet die Stadt Erlangen ein Fahrradparkhaus in unmittelbarer Nähe zum Bahnhof mit direktem Zugang zu den Bahngleisen. Bei Neubauten wird die Richtzahl für Fahrradstellplätze durch eine Änderung der Stellplatzsatzung verdoppelt.

Ziel 4: Radschnellwege für den Pendlerverkehr

Bis 2030 soll es ein zusammenhängendes Netz von möglichst kreuzungsfreien Radschnellverbindungen in die umliegenden Kommunen geben. Dabei sollen sichere und allwettertaugliche Talquerungen entstehen sowie die Betriebswege entlang des Kanals aufgewertet werden. Die Stadt Erlangen bemüht sich hierfür um einen Dialog mit den zuständigen Stellen und umliegenden Kommunen. In ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich baut die Stadt Erlangen jährlich 3 km Radschnellverbindungen. Darüber hinaus setzt sich die Stadt Erlangen mit Nachdruck dafür ein, dass die bereits angedachten Radschnellwege nach Nürnberg, Herzogenaurach und Fürth bis 2025 realisiert werden. Bis 2030 werden auch Radschnellwege nach Forchheim, Eckental und Höchstädt a. d. Aisch umgesetzt.

Ziel 5: Sichere und fahrradfreundliche Kreuzungen und Kreisverkehre

Die Stadt Erlangen gestaltet pro Jahr mindestens 3 Kreuzungen oder Kreisverkehre um, damit der Fuß- und Fahrradverkehr diese sicher, komfortabel und zügig überqueren kann. Folgende Bedingungen sollen erfüllt werden: • Der geradeaus fahrende Radverkehr wird vor abbiegenden Kfz geschützt. • An Ampelkreuzungen sollen separate Rad-Ampeln mit Zeitvorlauf oder eigener Grünphase für den Radverkehr installiert werden. • Radfahrende können Kreuzungen vorzugsweise ohne Zwischenstopp überqueren. Wo dies nicht möglich ist, sind breite Schutzinseln vorzusehen. • Radfahrenden wird das freie Rechtsabbiegen ermöglicht. • An Kreuzungen von Haupt- und Nebenstraßen werden beim Überqueren der Nebenstraßen Geh- und Radwege jeweils niveaugleich weitergeführt. • Wo möglich richtet die Stadt grüne Wellen für Fahrräder ein.

Ziel 6: Sichere Schulwege

Der Schulweg muss durchgängig sicher mit dem Fahrrad zurückzulegen sein. Die Regelung des Verkehrs muss vor allen Dingen an den Kreuzungen auch für Kinder leicht verständlich sein. Im direkten Umfeld der Schulen soll der PKW-Verkehr auf ein Minimum reduziert werden. An allen Schulen müssen ausreichend sichere und wettergeschützte Abstellanlagen zur Verfügung stehen. Des Weiteren führt die Stadt Erlangen regelmäßig Kampagnen durch und unterstützt Aktionen zur Förderung der autofreien Mobilität von Kindern und Jugendlichen unter Einbeziehung der Eltern.

Ziel 7: Mehr Miteinander im Straßenverkehr für mehr Sicherheit

Die Stadt Erlangen setzt sich die „Vision Zero“ im Straßenverkehr zum Ziel, d.h. alle VerkehrsteilnehmerInnen kommen sicher und unfallfrei an. Dafür nutzt sie alle rechtlich zulässigen Möglichkeiten, damit das Halten und Parken von Kfz auf Fuß- und Radwegen konsequent unterbunden wird. Darüber hinaus setzt sich die Stadt dafür ein, dass Verstöße wie „Geisterradeln“ und Fahren ohne Licht verstärkt geahndet werden. Sie bemüht sich bei den zuständigen Landesbehörden um die Einrichtung einer ständigen Polizei-Fahrradstaffel. Durch jährliche Aufklärungskampagnen fördert die Stadt gegenseitige Rücksichtnahme im Straßenverkehr.

Ziel 8: Bessere Vernetzung von ÖPNV, Fuß- und Radverkehr

Zur besseren Vernetzung des Umweltverbundes aus Fuß- und Radverkehr sowie ÖPNV werden innerhalb der nächsten drei Jahre zehn Mobilitätsstationen errichtet. Diese liegen an wichtigen ÖPNV-Knoten und bieten komfortable, überdachte Fahrradstellplätze, eine Carsharing-Station und Leihfahrräder. Ein modernes Fahrradverleih-System wird flächendeckend bis 2022 etabliert. Die Stadt entwickelt sich dadurch zu einer umfassenden Mobilitätsanbieterin.

Ziel 9: Förderung von Lastenrädern für nachhaltigen Transport

Die Stadt Erlangen baut den kostenlosen Lastenradverleih aus und stellt mehr Haushaltsmittel zur Ausweitung und Bekanntmachung dieses Angebots bereit. Es wird eine Flexibilisierung mit durchgängigen Abhol- und Rückgabezeiten in Form von digitalen Schlössern angestrebt. Die Stadt sorgt dafür, dass bis Ende 2020 mindestens 20 und bis Ende 2022 mindestens 50 Lastenräder öffentlich zum Verleih stehen. Es wird ein Förderprogramm für Lastenräder eingerichtet, um eine nachhaltige Transportalternative zum Auto für Privatpersonen und Gewerbe zu fördern.

Ziel 10: Priorisierung des Radverkehrs bei Stadtplanung und Verwaltung

Die Stadt Erlangen erhöht ihre Investitionen in den Radverkehr auf mindestens 6 Mio. € pro Jahr. Zusätzlich werden mindestens zwei VerkehrsplanerInnen und ein vierköpfiger Bautrupps eingestellt, die ausschließlich für den Radverkehr zuständig sind. Der Bautrupps wird auch im Rahmen des Winterdienstes zur Räumung von Radwegen eingesetzt. Um den Dialog zwischen Stadt und Bevölkerung zu stärken, etabliert die Stadt Erlangen ein barrierefreies, öffentlich abrufbares Melde- und Onlineportal. In diesem werden alle selbst erkannten und von Dritten gemeldeten Mängel am Fuß- und Radwegenetz erfasst und der Bearbeitungsstand der Mängelbeseitigung gezeigt.

Name, Vorname	Geb.datum	Straße, Hausnummer	PLZ, Ort	Unterschrift	Verm. d. Behörde
			9105__ Erlangen		
			9105__ Erlangen		
			9105__ Erlangen		
			9105__ Erlangen		
			9105__ Erlangen		

BITTE VOLLSTÄNDIG & GUT LESERLICH AUSFÜLLEN, DAMIT DIE UNTERSCHRIFT GÜLTIG IST. BERECHTIGT SIND WAHLBERECHTIGTE EU-BÜRGER*INNEN MIT HAUPTWOHNSITZ IN ERLANGEN.

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO
Eingang: **24.10.2019**
Antragsnr.: **269/2019**
Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**
Zust. Referat: **I/31**

Rathaus, Rathausplatz 1, Zimmer 1.04
91052 Erlangen

Tel. (09131) 86-24 05

Fax (09131) 86-21 78

eMail: csu@erlangen.de

facebook.com/CSU.Fraktion.Erlangen

www.stadtratsfraktion.csu-erlangen.de

[CSU-Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen](http://www.csu-stadtratsfraktion-erlangen.de)

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Florian Janik

Rathaus

91052 Erlangen

24. Oktober 2019/AB

Antrag zum Stadtrat 24.10.2019: TOP 24.2. - Bürgerbegehren „Radentscheid Erlangen“
hier: Änderung der Beschlussvorlage

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

hiermit beantragen wir, wie folgt zu beschließen:

Der Erlanger Stadtrat beschließt im Grundsatz die 10 Ziele des Bürgerbegehrens „Radentscheid Erlangen“:

- Ziel 1: Modernisierung und Ausbau des Radroutennetzes
- Ziel 2: Fahrradstraßen für mehr Sicherheit
- Ziel 3: Bedarfsgerechte Abstellanlagen in ausreichender Anzahl
- Ziel 4: Radschnellwege für den Pendlerverkehr
- Ziel 5: Sichere und fahrradfreundliche Kreuzungen und Kreisverkehre
- Ziel 6: Sichere Schulwege
- Ziel 7: Mehr Miteinander im Straßenverkehr für mehr Sicherheit
- Ziel 8: Bessere Vernetzung von ÖPNV, Fuß- und Radverkehr
- Ziel 9: Förderung von Lastenrädern für nachhaltigen Transport
- Ziel 10: Priorisierung des Radverkehrs bei Stadtplanung und Verwaltung

Zu nächsten Stadtrat am 28.11.2019 erarbeitet die Stadtverwaltung eine Umsetzungsliste zu allen Zielen des Radentscheids und meldet die schnell umsetzbaren Positionen zum Haushalt 2020 nach. Alle weiteren Punkte werden zur Priorisierung ebenfalls in die Haushaltsberatungen eingebracht.

Der Dringlichkeitsantrag der CSU Stadtratsfraktion Nr. 254/2019 ist noch nicht erledigt.

Das Bürgerbegehren lautet wie folgt:

Bürgerbegehren „Erlangen, tritt in die Pedale!“ - Radentscheid für eine lebenswerte Stadt: „Soll die Stadt Erlangen die nebenstehenden 10 Ziele verkehrspolitisch vorrangig verfolgen und schnellstmöglich umsetzen?“

Begründung: Die Stadt Erlangen muss aus meiner Sicht mehr für die Sicherheit der FahrradfahrerInnen und für die Förderung des Radverkehrs im Allgemeinen unternehmen. Erlangen soll seinem Ruf als Fahrradstadt wieder gerecht werden.

Die genannten Ziele sind gut für alle Erlanger BürgerInnen, weil dadurch

- mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden entsteht,
- Kinder, Senioren und unsichere RadlerInnen besonders geschützt werden,

Büro: Zimmer 1.04, Rathaus, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Die Stadträtinnen und Stadträte der CSU-Stadtratsfraktion Erlangen:

Birgitt ABmus, Wolfgang Beck, Sonja Brandenstein, Rosemarie Egelseer-Thurek, Uwe Greisinger, Dr. Kurt Höller, Robert Hüttner, Gabriele Kopper, Christian Lehmann, Adam Neidhardt, Martin Ogiermann, Mehmet Sapmaz, Prof. Dr. med. Rüdiger Schulz-Wendtland, Matthias Thurek, Fraktionsvorsitzender Jörg Volleth, Bezirksrätin Alexandra Wunderlich

- Straßen für alle, die auf das Auto angewiesen sind, übersichtlicher werden,
- der öffentliche Raum effizienter genutzt wird und
- Erlangen für seine BewohnerInnen lebenswerter wird.

Ziel 1: Modernisierung und Ausbau des Radroutennetzes

Die Stadt Erlangen verwirklicht bis 2030 ein modernes, durchgängiges Radwegenetz. Dieses muss auch für Fahrräder mit Kinderanhängern sowie Lastenräder ganzjährig nutzbar sein. Es ist bevorzugt baulich getrennt von anderen Verkehrsarten und nicht zu Lasten des Fußverkehrs umzusetzen. Grundlage ist das bereits beschlossene „Plannetz Radverkehr“. Als Zwischenziel sind 40 % davon bis 2024 umzusetzen. Dazu erstellt die Stadt innerhalb eines Jahres nach dem Bürgerentscheid einen Finanz- und Zeitplan für die Umsetzung. Bei der Planung der Stadt-Umland-Bahn (StUB) muss der Radverkehr mit hoher Priorität berücksichtigt werden.

Ziel 2: Fahrradstraßen für mehr Sicherheit

Innerhalb von drei Jahren werden die vorhandenen Fahrradstraßen entsprechend dem vom Stadtrat beschlossenen Leitfaden für Fahrradstraßen umgestaltet. Parallel dazu und zur Verwirklichung eines modernen Radnetzes richtet die Stadt Erlangen weitere Fahrradstraßen gemäß diesem Leitfaden ein, soweit rechtlich zulässig.

Ziel 3: Bedarfsgerechte Abstellanlagen in ausreichender Anzahl

Die Stadt Erlangen richtet im gesamten Stadtgebiet bis zum Jahr 2025 mindestens 8.000 zusätzliche hochwertige Fahrradabstellplätze ein. Bis Ende des Jahres 2020 entstehen die ersten 1.500 neuen Stellplätze. Dabei wird der Platzbedarf von Lastenrädern und Fahrrädern mit Anhängern berücksichtigt. Bei hohem Parkdruck werden Doppelstockparkanlagen gebaut. Bis spätestens 2025 errichtet die Stadt Erlangen ein Fahrradparkhaus in unmittelbarer Nähe zum Bahnhof mit direktem Zugang zu den Bahngleisen. Bei Neubauten wird die Richtzahl für Fahrradstellplätze durch eine Änderung der Stellplatz-Satzung verdoppelt.

Ziel 4: Radschnellwege für den Pendlerverkehr

Bis 2030 soll es ein zusammenhängendes Netz von möglichst kreuzungsfreien Radschnellverbindungen in die umliegenden Kommunen geben. Dabei sollen sichere und allwettertaugliche Talquerungen entstehen sowie die Betriebswege entlang des Kanals aufgewertet werden. Die Stadt Erlangen bemüht sich hierfür um einen Dialog mit den zuständigen Stellen und umliegenden Kommunen. In ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich baut die Stadt Erlangen jährlich 3 km Radschnellverbindungen. Darüber hinaus setzt sich die Stadt Erlangen mit Nachdruck dafür ein, dass die bereits angedachten Radschnellwege nach Nürnberg, Herzogenaurach und Fürth bis 2025 realisiert werden. Bis 2030 werden auch Radschnellwege nach Forchheim, Eckental und Höchstädt a. d. Aisch umgesetzt.

Ziel 5: Sichere und fahrradfreundliche Kreuzungen und Kreisverkehre

Die Stadt Erlangen gestaltet pro Jahr mindestens 3 Kreuzungen oder Kreisverkehre um, damit der Fuß- und Fahrradverkehr diese sicher, komfortabel und zügig überqueren kann. Folgende Bedingungen sollen erfüllt werden:

- *Der geradeaus fahrende Radverkehr wird vor abbiegenden Kfz geschützt.*
- *An Ampelkreuzungen sollen separate Rad-Ampeln mit Zeitvorlauf oder eigener Grünphase für den Radverkehr installiert werden.*
- *Radfahrende können Kreuzungen vorzugsweise ohne Zwischenstopp überqueren. Wo dies nicht möglich ist, sind breite Schutzinseln vorzusehen.*
- *Radfahrenden wird das freie Rechtsabbiegen ermöglicht.*
- *An Kreuzungen von Haupt- und Nebenstraßen werden beim Überqueren der Nebenstraßen Geh- und Radwege jeweils niveaugleich weitergeführt.*
- *Wo möglich richtet die Stadt grüne Wellen für Fahrräder ein.*

Ziel 6: Sichere Schulwege

Der Schulweg muss durchgängig sicher mit dem Fahrrad zurückzulegen sein. Die Regelung des Verkehrs muss vor allen Dingen an den Kreuzungen auch für Kinder leicht verständlich sein. Im direkten Umfeld der Schulen soll der PKW-Verkehr auf ein Minimum reduziert werden. An allen Schulen müssen ausreichend sichere und wettergeschützte Abstellanlagen zur Verfügung stehen. Des Weiteren führt die Stadt Erlangen regelmäßig Kampagnen durch und unterstützt Aktionen zur Förderung der autofreien Mobilität von Kindern und Jugendlichen unter Einbeziehung der Eltern.

Ziel 7: Mehr Miteinander im Straßenverkehr für mehr Sicherheit

Die Stadt Erlangen setzt sich die „Vision Zero“ im Straßenverkehr zum Ziel, d.h. alle VerkehrsteilnehmerInnen kommen sicher und unfallfrei an. Dafür nutzt sie alle rechtlich zulässigen Möglichkeiten, damit das Halten und Parken von Kfz auf Fuß- und Radwegen konsequent unterbunden wird. Darüber hinaus setzt sich die Stadt dafür ein, dass Verstöße wie „Geisterradeln“ und Fahren ohne Licht verstärkt geahndet werden. Sie bemüht sich bei den zuständigen Landesbehörden um die Einrichtung einer ständigen Polizei-Fahrradstaffel. Durch jährliche Aufklärungskampagnen fördert die Stadt gegenseitige Rücksichtnahme im Straßenverkehr.

Ziel 8: Bessere Vernetzung von ÖPNV, Fuß- und Radverkehr

Zur besseren Vernetzung des Umweltverbundes aus Fuß- und Radverkehr sowie ÖPNV werden innerhalb der nächsten drei Jahre zehn Mobilitätsstationen errichtet. Diese liegen an wichtigen ÖPNV-Knoten und bieten komfortable, überdachte Fahrradstellplätze, eine Carsharing-Station und Leihfahrräder. Ein modernes Fahrradverleih-System wird flächendeckend bis 2022 etabliert. Die Stadt entwickelt sich dadurch zu einer umfassenden Mobilitätsanbieterin.

Ziel 9: Förderung von Lastenrädern für nachhaltigen Transport

Die Stadt Erlangen baut den kostenlosen Lastenradverleih aus und stellt mehr Haushaltsmittel zur Ausweitung und Bekanntmachung dieses Angebots bereit. Es wird eine Flexibilisierung mit durchgängigen Abhol- und Rückgabezeiten in Form von digitalen Schlössern angestrebt. Die Stadt sorgt dafür, dass bis Ende 2020 mindestens 20 und bis Ende 2022 mindestens 50 Lastenräder öffentlich zum Verleih stehen. Es wird ein Förderprogramm für Lastenräder eingerichtet, um eine nachhaltige Transportalternative zum Auto für Privatpersonen und Gewerbe zu fördern.

Ziel 10: Priorisierung des Radverkehrs bei Stadtplanung und Verwaltung

Die Stadt Erlangen erhöht ihre Investitionen in den Radverkehr auf mindestens 6 Mio. € pro Jahr. Zusätzlich werden mindestens zwei VerkehrsplanerInnen und ein vierköpfiger Bautrupps eingestellt, die ausschließlich für den Radverkehr zuständig sind. Der Bautrupps wird auch im Rahmen des Winterdienstes zur Räumung von Radwegen eingesetzt. Um den Dialog zwischen Stadt und Bevölkerung zu stärken, etabliert die Stadt Erlangen ein barrierefreies, öffentlich abrufbares Melde- und Onlineportal. In diesem werden alle selbst erkannten und von Dritten gemeldeten Mängel am Fuß- und Radwegenetz erfasst und der Bearbeitungsstand der Mängelbeseitigung gezeigt.

Mit freundlichen Grüßen



Jörg Volleth
Fraktionsvorsitzender

Freie Wählergemeinschaft Erlangen

im Stadtrat Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Stadträte Anette Wirth-Hücking und Prof. Dr. Gunther Moll,
Zimmer 331, Tel. 0174/9855460

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: **23.10.2019**
Antragsnr.: **267/2019**
Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**
Zust. Referat: **IV/51**

Erlangen, den 23.10.2019

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Florian Janik

Rathausplatz

91052 Erlangen

Dinglichkeitsantrag zum Stadtrat am 24.10.2019

Bitte Behandlung gegen 17:30 Uhr.

Situation im Kindergarten „Kriegenbrunner Fröschla“, Kriegenbrunn

- Bericht der Verwaltung über weiteres Vorgehen

- Einrichtung eines Runden Tisches mit Elternvertretung und Verwaltung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Janik,

Im Kriegenbrunner Kindergarten „Kriegenbrunner Fröschla“ herrscht bereits seit längerem ein Mangel an Betreuungspersonal.

Es wurde deshalb bereits ein Notfallplan erstellt. In diesen Notfallplan sind die Eltern mit eingebunden.

Die Personalsituation in Kriegenbrunn lässt sich nicht so schnell lösen wie die Verwaltung gehofft hatte, so dass sogar dieser aufgestellte Notfallplan gefährdet war.

Durch weitere Krankheitsfälle spitzt sich die Situation noch mehr zu.

Die Eltern sind inzwischen an Ihrer Belastungsgrenze angekommen und wissen teils nicht mehr, wie sie Berufstätigkeit und Kinderbetreuung vereinbaren sollen.

Daher beantragen wir:

- Einen Bericht der Verwaltung über das weitere Vorgehen im Kindergarten Kriegenbrunn

- und die Einrichtung eines Runden Tisches mit Elternvertretung und Verwaltung

Mit freundlichen Grüßen

Anette Wirth-Hücking
Stadträtin

gez. Prof. Dr. Gunther Moll
Stadtrat



Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO
Eingang: 24.10.2019
Antragsnr.: 268/2019
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: IV/51

Rathaus, Rathausplatz 1, Zimmer 1.04
91052 Erlangen

Tel. (09131) 86-24 05

Fax (09131) 86-21 78

eMail: csu@erlangen.de

facebook.com/CSU.Fraktion.Erlangen

www.stadtratsfraktion.csu-erlangen.de

CSU-Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Florian Janik

Rathaus

91052 Erlangen

23. Oktober 2019/AB

Dringlichkeitsantrag zum Stadtrat 24.10.2019

hier: Städtischer Kindergarten Kriegenbrunn: Betrieb aufrechterhalten - Kinderbetreuung in Kriegenbrunn weiterhin gewährleisten!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bereits zur letzten Stadtratssitzung am 26.09.2019 hatten wir einen Dringlichkeitsantrag zur Situation am Städtischen Kindergarten Kriegenbrunn gestellt. Entgegen der Darstellung der Stadtverwaltung im Stadtrat am 26.09.2019 und in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) am 17.10.2019 sieht die Situation vor Ort nach Darstellung der Betroffenen derzeit völlig anders aus, für sie scheint keine Verbesserung in Sicht. Zu Recht erwarten sie eine gute und planbare Betreuung ihrer Kinder.

Wir stellen daher zum Stadtrat am 24.10.2019 erneut unseren Antrag und erwarten, dass eine verlässliche Lösung gemeinsam mit den Eltern erarbeitet wird.

Die Kindertageseinrichtungen sind ein wichtiger Bestandteil der Daseinsfürsorge. Erlanger Familien vertrauen auf eine verlässliche Kinderbetreuung. Einschränkungen in diesem Bereich stellen die Eltern teilweise vor schwierige Probleme. Deshalb ist ein belastbares Betreuungsangebot wichtig. Im Hinblick auf die aktuelle Personalsituation, aber auch hinsichtlich möglicher Krankheitswellen, braucht die Stadt einen funktionierenden Notfallplan, um die Kinderbetreuung auch in Ausnahmesituationen gewährleisten zu können.

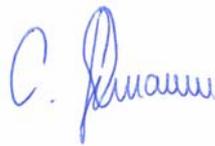
Wir beantragen die Beantwortung folgender Fragen:

- Wie stellt sich die aktuelle Situation in Kriegenbrunn dar?
- Wie kam es zu diesem Personal-Engpass?
- Wie soll diesem Betreuungsengpass kurzfristig begegnet werden?
- Welche Maßnahmen und Ressourcen sind kurzfristig notwendig, um die Kinderbetreuung uneingeschränkt zu gewährleisten?
- Müssen in anderen Kindertageseinrichtungen ähnliche Personal-Engpässe erwartet werden?
- Welche Maßnahmen sind geplant, um mittel- und langfristig eine stadtweite Versorgungssicherheit im Bereich der Kinderbetreuung zu garantieren?

Mit freundlichen Grüßen



Jörg Volleth
Fraktionsvorsitzender



Christian Lehrmann
stv. Fraktionsvorsitzender



Martin Ogiermann

Büro: Zimmer 1.04, Rathaus, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Die Stadträtinnen und Stadträte der CSU-Stadtratsfraktion Erlangen:

Birgitt ABmus, Wolfgang Beck, Sonja Brandenstein, Rosemarie Egelseer-Thurek, Uwe Greisinger, Dr. Kurt Höller, Robert Hüttner, Gabriele Kopper, Christian Lehrmann, Adam Neidhardt, Martin Ogiermann, Mehmet Sapmaz, Prof. Dr. med. Rüdiger Schulz-Wendtland, Matthias Thurek, Fraktionsvorsitzender Jörg Volleth, Bezirksrätin Alexandra Wunderlich